

Einführungsgesetz zur Exekutionsordnung (EGEO)

BGBl 1953/6 (Wv) idF BGBl 1955/39 und 1991/628

Art I. (1) Das Gesetz über das Exekutions- und Sicherungsverfahren (Exekutionsordnung) ist gleichzeitig mit dem Gesetz über das gerichtliche Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (Zivilprozeßordnung) als Vorschrift für das Verfahren bei Exekutionen und einstweiligen Verfügungen, die den ordentlichen Gerichten zugewiesen sind, in Wirksamkeit getreten.

(2) Mit demselben Tage haben, soweit nicht dieses Einführungsgesetz in seiner ursprünglichen Fassung oder die Exekutionsordnung in ihrer ursprünglichen Fassung eine Ausnahme enthielt, alle in anderen gesetzlichen Vorschriften enthaltenen Bestimmungen über Gegenstände, die in der Exekutionsordnung geregelt sind, ihre Wirksamkeit verloren.

Stammfassung.

Die ZPO (Art I EGZPO), die JN (Art I EGJN) und die EO sind am 1. 1. 1898 in Kraft getreten. **1**

Die in Art I Abs 2 EGEO genannten **Ausnahmebestimmungen** finden sich in den Art III bis XIX EGEO. **2**

Darüber hinaus sehen folgende Vorschriften, die erst nach Inkrafttreten der EGEO geschaffen wurden, die **Veräußerung eines Pfandobjektes** „ohne gerichtliche Dazwischenkunft“ vor: §§ 460 a, 466 a ff ABGB idF HaRÄG; § 368 UGB; § 155 GewO 1994, § 77 Abs 3 und 4 NBG, § 112 Abs 2 EBG und § 120 Abs 2 und 4 IO. **3**

Art II. Insbesondere hat die Bestimmung der Resolution vom 31. Oktober 1785, JGS. Nr. 489, lit. qq, daß sich die Parteien auch in der Exekutionsführung einem Schiedsrichter unterwerfen können, sowie die auf Grund dieser Bestimmung einzelnen Schiedsgerichten durch Privileg oder staatlich genehmigte Satzungen eingeräumte Befugnis, die Exekution ihrer Schiedssprüche zu bewilligen, ihre Wirksamkeit verloren.

Stammfassung.

Mit Art II EGEO wurde das früher vereinzelt bestehende Recht der Schiedsgerichte zur **Bewilligung der Exekution** aufgrund ihrer Schiedssprüche beseitigt. Für die Börsenschiedsgerichte enthielt Art XIII Abs 2 EGZPO idF vor der Nov BGBl I 1998/11 eine vergleichbare Bestimmung, die aber mit dieser Nov aufgehoben wurde. **1**

Art III. (1) Die bei Inkrafttreten dieses Einführungsgesetzes in seiner ursprünglichen Fassung in Geltung gestandenen gesetzlichen Vorschriften über die Vorzugsrechte und über die Sicherstellung und Einbringung von Steuern und anderen Leistungen zu öffent-

lichen Zwecken, dann von anderen, den Steuern rücksichtlich der Einbringung gesetzlich gleichgestellt gewesenen Schuldigkeiten sowie von solchen Forderungen des Staatsschatzes, rücksichtlich deren die Entscheidungen und Einbringung den Verwaltungsbehörden zugewiesen waren [Anm: der Hinweis auf den Staatsschatz ist gegenstandslos; s Rz 2f], ferner die bei Inkrafttreten dieses Einführungsgesetzes in seiner ursprünglichen Fassung in Geltung gestandenen Vorschriften über die Sicherstellung der Gefällsstrafen [Anm: der Hinweis auf Gefällsstrafen ist gegenstandslos; s Rz 3], über die Sicherstellung der Forderungen aus Bestandverträgen über öffentliche Gefälle und über die Einbringung solcher Forderungen sind in Wirksamkeit geblieben.

(2) Soweit diese Vorschriften noch bestehen und nach diesen Vorschriften wegen Sicherstellung und Einbringung der im ersten Absatz bezeichneten Ansprüche und Forderungen ein gerichtliches Verfahren stattfindet, sind in Ansehung der Bewilligung und Durchführung der Exekution oder des Sicherungsverfahrens die Bestimmungen der Exekutionsordnung anzuwenden. Inwiefern der Verpflichtete oder ein Dritter den Anspruch oder die Forderung im Rechtsweg bestreiten oder gegen die Exekution im Rechtsweg Widerspruch erheben kann, ist nach den hierüber bestehenden besonderen Vorschriften zu beurteilen.

(3) Für die Geltendmachung von Rechten an den durch eine politische Exekution – ausgenommen die Exekution zur Einbringung der öffentlichen Abgaben und Beiträge im Sinne der §§ 1 und 2 des Abgabeneinhebungsgesetzes 1951, BGBl. Nr. 87 und der Abgaben im Sinne des § 83 der Abgabensexekutionsordnung, BGBl. Nr. 104/1949 [Anm: Abgabeneinhebungsgesetz 1951 und § 83 AbgEO aufgehoben; s Rz 21] – betroffenen Gegenständen (§ 37 der Exekutionsordnung) sind ausschließlich die Vorschriften der Zivilprozessordnung und der Exekutionsordnung maßgebend. Für die Klage ist das Bezirksgericht zuständig, in dessen Sprengel sich zur Zeit der Anbringung der Klage die Gegenstände ganz oder zum Teile befinden, an denen die behaupteten Rechte bestehen sollen.

Stammfassung.

Literatur: Aichreiter, Anwendungsbereich des Art III (3) EGEO, Stb 1978 H 4, 14; Jakusch, Die Zwangsvollstreckung am Schnittpunkt von Justiz und Verwaltung, Schriftenreihe der NÖ JurGes 2004.

Übersicht

	Rz
I. Allgemeines	1
II. Finanz- und Verwaltungsexekution	4
III. Zusammentreffen gerichtlicher mit finanz- bzw verwaltungsbehördlicher Exekution	8
A. Allgemeines und Exekutionsbewilligung	8
B. Vollzug der Fahrnisexekution	10
C. Vollzug sonstiger Exekutionen	18
IV. Exszindierungsansprüche	20

I. Allgemeines

- 1 Eine Übersicht über die wichtigsten Rechtsvorschriften, die gesetzliche **Pfand- und Vorzugsrechte an Liegenschaften** begründen, ist in einer im JABl 1952, 5 veröffentlichten Mitteilung des BMJ enthalten. Eine Zusammenstellung findet sich auch in *Tades/Hopf/Kathrein/Stabentheiner*, ABGB³⁷ bei § 450. Eine Zusammenstellung der wichtigsten gesetzlichen Vorzugsrechte **an Fahrnissen** findet sich in *Angst/Jakusch/Mohr*, EO¹⁵ Anm 9 zu § 286.

Die **Sicherstellung** von Ansprüchen, die in Art III Abs 1 EGEO genannt sind, regeln nunmehr § 232 BAO, §§ 2, 78 AbgEO, § 1 Abs 3 VVG und § 38 lit c GBG. Für die **Hereinbringung** solcher Forderungen gelten nunmehr, soweit es Abgaben des Bundes und der Länder betrifft, die BAO und die AbgEO. Die Bestimmungen über die Hereinbringung anderer öffentlich-rechtlicher Ansprüche finden sich im VVG. **2**

Der Hinweis in Art I Abs 1 EGEO auf die dort genannten **Forderungen des Staatsschatzes** ist durch das 1. BRBG gegenstandslos geworden, weil die entsprechenden Rechtsvorschriften im Anhang dieses Gesetzes nicht angeführt und daher gem dessen § 1 außer Kraft getreten sind. **2/1**

Das **Strafgesetz über die Gefällsübertretungen** Pat 11. 7. 1835 PGS Bd 63 ist durch § 264 3 FinStrG aufgehoben worden. Jetzt gilt § 172 FinStrG iVm §§ 210 ff BAO.

II. Finanz- und Verwaltungsexekution

Zufolge § 3 Abs 2 AbgEO kann die **Einbringung von Abgaben des Bundes und der Länder** **4** im Wege der Fahrnis- oder der Forderungsexekution sowie der Exekution auf Ansprüche auf Herausgabe und Leistung beweglicher körperlicher Sachen sowohl im **finanzbehördlichen** als auch im **gerichtlichen Exekutionsverfahren** erfolgen. Das Gleiche gilt gem § 1 Abs 3 VVG für die **Einbringung sonstiger Abgaben, Beiträge** und ihnen gesetzlich **gleichgehaltener Geldleistungen**. Die Einbringung **anderer** (also weder in § 3 Abs 2 AbgEO noch in § 1 Abs 3 VVG genannter) **Geldleistungen** aufgrund verwaltungsbehördlicher Exekutionstitel (§ 1 Z 10, 12 bis 14) geschieht nach § 3 Abs 1 VVG entweder im Wege der gerichtlichen Exekution oder unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften über die Einbringung und Sicherung der öffentlichen Abgaben durch die Bezirksverwaltungs- bzw Bundespolizeibehörden als Vollstreckungsbehörde. Es steht somit der Finanz- und der Verwaltungsbehörde zur Hereinbringung von **Geldleistungen** aufgrund finanzbehördlicher (§ 1 Z 12 und 13) oder verwaltungsbehördlicher (§ 1 Z 10, 12 und 14) Exekutionstitel im Wege der Fahrnis- oder Forderungsexekution oder der Exekution auf Ansprüche auf Herausgabe und Leistung körperlicher Sachen sowohl die Finanz- bzw Verwaltungsexekution als auch die gerichtliche Exekution zur Verfügung. Soll hingegen zur Hereinbringung solcher Geldleistungen auf **Liegenschaften oder auf andere Vermögensrechte** iSd §§ 331 ff des Verpfl gegriffen werden, müssen sich die Finanz- bzw Verwaltungsbehörden der gerichtlichen Exekution bedienen (§ 3 Abs 3 AbgEO).

Auch wenn die Exekution zur Hereinbringung (Sicherung) von Geldforderungen bei der Finanz- oder Verwaltungsbehörde geführt wird, ist gem § 47 Abs 3 das Verfahren zur Aufnahme eines **Vermögensverzeichnisses** dem Gericht vorbehalten. Näheres s § 47 Rz 40 ff. **5**

Zur Erwirkung von **Handlungen und Unterlassungen** aufgrund verwaltungsbehördlicher Exekutionstitel (§§ 4 ff VVG) ist, anders als bei der Exekution zur Hereinbringung (Sicherung) von Geldforderungen, nur die gem § 1 Abs 1 und 2 VVG in erster Instanz von der Bezirksverwaltungs- bzw Bundespolizeibehörde geführte Verwaltungsexekution zulässig. Einem entsprechenden Exekutionsantrag an das Gericht stünde das Prozesshindernis der Unzulässigkeit des Rechtsweges entgegen. **6**

Ob die **Finanzbehörden** dort, wo ihnen ein **Wahlrecht** eingeräumt ist, den Weg der gerichtlichen Exekution beschreiten oder die Exekution selbst vollziehen, liegt in ihrem nicht weiter gebundenen Ermessen. § 3 Abs 2 AbgEO nennt keine Kriterien, nach denen diese Wahl zu treffen wäre. Es ist somit hier der seltene Fall eines **freien Ermessens** gegeben. Demgegenüber macht § 3 Abs 1 VVG die Entscheidung der **Verwaltungsbehörden** in diesem Punkt von Erwägungen der Raschheit und Kostenersparnis abhängig. Eine Prüfung der Zweckmäßigkeit **7**

der beantragten gerichtlichen Exekution steht dem angerufenen Gericht aber auch hier nicht zu.

- 7/1 Findet zur Hereinbringung oder Sicherung der in Rede stehenden Forderungen ein **gerichtliches Exekutionsverfahren** statt, so gelten für dieses – einschließlich der Geltendmachung von Oppositions- und Impugnationsansprüchen –, wie sich aus Art III Abs 2 EGEO ergibt, die Bestimmungen der **Exekutionsordnung**.

III. Zusammentreffen gerichtlicher mit finanz- bzw verwaltungsbehördlicher Exekution

A. Allgemeines und Exekutionsbewilligung

- 8 Aus dem unter Rz 4 Gesagten ergibt sich eine **Dreigleisigkeit** möglicher Exekutionsverfahren. Es kann daher geschehen, dass gegen denselben Verpfl auf dieselben Vermögensobjekte sowohl gerichtliche als auch finanz- als auch verwaltungsbehördliche Exekution geführt wird. Da ein Vermögensobjekt (nach dem Grundsatz der Einheit des Verwertungsverfahrens) aber nur einmal verwertet werden kann, ergibt sich die Notwendigkeit von **Kollisionsnormen**. Solche finden sich für das Zusammentreffen einer gerichtlichen mit einer finanzbehördlichen Exekution in den §§ 79 ff AbgEO und in § 567 Geo, für das Zusammentreffen gerichtlicher mit sonstigen nichtgerichtlichen Exekutionen in § 568 Geo. Danach gilt Folgendes:
- 9 Die **Bewilligung** der Exekution geschieht ohne Bedachtnahme auf die Möglichkeit der Anhängigkeit einer Exekution bei einer anderen Vollstreckungsbehörde.

B. Vollzug der Fahrnisexekution

- 10 Die **Pfändung** in der Fahrnisexekution hat jede Vollstreckungsbehörde nach den für sie geltenden Vorschriften unabhängig von allfälligen Exekutionsverfahren, die bei anderen Vollstreckungsbehörden geführt werden, vorzunehmen. Der Gerichtsvollzieher hat allerdings beim Vollzug der Exekution im Rahmen der Beurteilung, ob durch die gepfändeten Gegenstände bereits Deckung erzielt wurde, auf **Vorpfandrechte** anderer Vollstreckungsbehörden, die ihm bekannt geworden sind, ebenso wie auf gerichtliche Vorpfandrechte **Bedacht zu nehmen**. Es trifft ihn aber keine über die Einsichtnahme in das gerichtliche Pfändungsregister hinausgehende Nachforschungspflicht. Wurden von anderen Vollstreckungsbehörden Pfandgegenstände als **unpfändbar ausgeschieden**, ist er an diese Entscheidung nicht gebunden. Der **Rang** des Pfandrechtes richtet sich in jedem Fall nach dem Zeitpunkt der jeweiligen Pfändung.
- 11 Die **Verwaltungsbehörden** haben gem § 568 Abs 2 Geo eine **Abschrift der** von ihnen **errichteten Pfändungsprotokolle** oder einen kurzen Auszug daraus an das für den Vollzugsort örtlich zuständige **Bezirksgericht zu übersenden**, das eine entsprechende Eintragung im Pfändungsregister vorzunehmen hat. Die Finanzbehörden trifft eine solche Verpflichtung nicht.
- 12 Um zu vermeiden, dass zur Verwertung ein und derselben Fahrnisse Verkaufsverfahren gleichzeitig bei Gericht und einer Verwaltungsbehörde geführt werden, sind das gerichtliche **Versteigerungsedikt** oder die Bewilligungsbeschlüsse nach § 271 (**Übernahmsantrag**) oder § 271 a (**andere Verwertungsart**) gem § 568 Abs 5 Geo an **jene Verwaltungsbehörden zu übersenden**, die eine Abschrift eines Pfändungsprotokolles oder einen Auszug daraus (vgl Rz 11) übersendet haben und die nach dem Inhalt dieses Pfändungsprotokolles bzw Auszuges ein Pfandrecht an den Fahrnissen erworben haben, die den Gegenstand der gerichtlichen Verwertung bilden. Weil die Finanzämter eine Verpflichtung, bei ihnen errichtete Pfändungsprotokolle dem Gericht zu übersenden, nicht trifft, hat das Gericht auch keine Kenntnis von ei-

nem bei ihnen anhängigen Verwertungsverfahren. § 567 Abs 2 Geo sieht daher vor, dass **dem Finanzamt** am Wohnsitz des Verpfl die oben genannten gerichtlichen Beschlüsse immer zu zustellen sind. Auf Grund dieser Verständigung sind von den Finanz- und Verwaltungsbehörden **Verwertungsverfahren, die bei ihnen anhängig sind**, soweit sie dieselben Sachen betreffen, gem § 79 Abs 2 AbgEO (= § 567 Abs 3 Geo) bzw § 568 Abs 6 Geo **abzubrechen**. Wurden die betroffenen (mit einem gerichtlichen Pfandrecht behafteten) Gegenstände bereits im Rahmen des finanz- oder verwaltungsbehördlichen Verwertungsverfahrens verkauft, ist der Erlös zwecks Verteilung an das Gericht auszufolgen (§ 79 Abs 3 AbgEO [= § 567 Abs 5 Geo] bzw § 568 Abs 8 Geo).

Besteht bloß ein **gesetzliches Pfandrecht nach § 1101 ABGB** und sind die betroffenen Gegenstände auch in einem finanz- oder verwaltungsbehördlichen Exekutionsverfahren gepfändet worden, ist mangels gesetzlicher Regelung kein gerichtliches Verwertungs- und Verteilungsverfahren einzuleiten. Da die Abgabenexekutionsordnung – von dem hier nicht in Betracht kommenden Fall des § 85 Abs 3 AbgEO abgesehen – keine Verteilung kennt, bleibt dem Vermieter in einem solchen Fall nur die **Pfandvorrechtsklage** nach § 258 (SZ 19/154). **13**

Im **Verteilungsverfahren** hat das Gericht – da es von allfälligen finanzbehördlichen Pfandrechten in der Regel keine Kenntnis hat – das **Finanzamt** am Wohnsitz des Verpfl gem § 567 Abs 4 Geo immer zur Verteilungstagsatzung zu laden. Überdies ist gem § 568 Abs 7 Geo jene Verwaltungsbehörde zu laden, die durch Übersendung einer Abschrift (Auszug) eines Pfändungsprotokolls das Bestehen eines Pfandrechtes an den verkauften Gegenständen bekannt gegeben hat. **14**

Bei der Verteilung ist auf finanz- und verwaltungsbehördliche Pfandrechte gem § 79 Abs 3 AbgEO (= § 567 Abs 4 Geo) bzw § 568 Abs 7 Geo nur Bedacht zu nehmen, wenn sie zur **Verteilungstagsatzung angemeldet** wurden. **15**

Hat mangels einer Mehrheit von Pfandrechten ein **Verteilungsverfahren nicht zu erfolgen** (§ 283), so hat das Gericht vor Ausfolgung des Erlöses gem § 567 Abs 4 Geo durch **Anfrage beim Finanzamt** am Wohnsitz des Verpfl zu erheben, ob ein finanzbehördliches Pfandrecht an den verkauften Sachen besteht. Langt binnen 14 Tagen nach Zustellung der Anfrage keine Äußerung ein, kann der Verkaufserlös ausgefolgt werden. **16**

Die **Finanz- oder Verwaltungsvollstreckungsbehörde** hat gem § 567 Abs 5 bzw § 568 Abs 8 Geo ihrerseits vor Verwendung des Erlöses aus einem von ihr geführten Verwertungsverfahren bei Gericht **anzufragen**, ob ein gerichtliches Pfandrecht besteht. Vom Gericht ist eine solche Anfrage binnen 14 Tagen zu beantworten. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist kann die Vollstreckungsbehörde den Erlös verwenden. Besteht ein gerichtliches Pfandrecht, ist dies der anfragenden Behörde mitzuteilen, der Erlös an das Gericht auszufolgen und es hat ein gerichtliches Verteilungsverfahren stattzufinden. Das gilt nicht, wenn lediglich ein Pfandrecht nach § 1101 ABGB besteht (vgl Rz 13). **17**

C. Vollzug sonstiger Exekutionen

Die Beachtung eines finanz- oder verwaltungsbehördlichen Pfandrechtes an der gepfändeten Forderung obliegt im Rahmen der **Forderungsexekution** dem Drittschuldner. Für das Zusammentreffen gerichtlicher und finanz- bzw verwaltungsbehördlicher Forderungsexekutionen bedarf es daher keiner besonderen Vorkehrungen (vgl § 80 AbgEO). **18**

Bei der **Exekution auf Ansprüche auf Herausgabe und Leistung körperlicher Sachen** gelten für die Pfändung die Bestimmungen über die Pfändung von Geldforderungen und für die **19**

Verwertung sowie die Verteilung des Erlöses jene über die Fahrnisexekution. Das gilt auch hinsichtlich des Zusammentreffens einer solchen gerichtlichen mit einer finanz- oder verwaltungsbehördlichen Exekution (§ 567 Abs 6 und § 568 Abs 9 Geo).

IV. Exszindierungsansprüche

- 20** Unter **politischer Exekution** iSd **Art III Abs 3 EGEO** ist die Exekution nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz zu verstehen. Art III Abs 3 EGEO regelt somit nur die gegen solche Exekutionen gerichteten Exszindierungsansprüche.
- 21** Die in **Art III Abs 3 EGEO** erwähnten **Exekutionen** zur Erbringung der öffentlichen Abgaben und Beiträge iSd §§ 1 und 2 des **Abgabeneinhebungsgesetzes** und des **§ 83 AbgEO** sind die von den Finanzbehörden geführten Exekutionen. Das Abgabeneinhebungsgesetz 1951 wurde allerdings mit Wirksamkeit v. 1. 1. 1962 durch § 320 Abs 2 lit c BAO für seinen gesamten Anwendungsbereich aufgehoben. Die ehemals in den §§ 1 und 2 Abgabeneinhebungsgesetz 1951 genannten Forderungen sind nunmehr von den §§ 1 und 3 BAO erfasst. § 83 AbgEO wurde durch Art I Z 15 der 3. Nov zur AbgEO BGBl 1963/53 zur Gänze aufgehoben. Die ehemals in dieser Norm genannten Forderungen sind nunmehr von § 2 AbgEO erfasst.
- 21/1** Die Vorschrift des Art III Abs 3 EGEO, wonach gegen politische Exekutionen gerichtete Exszindierungsansprüche mit Klage bei Gericht geltend zu machen sind, gilt nicht nur für derartige Exekutionen zur Hereinbringung von Geldforderungen (§ 3 VVG), sondern auch für solche zur **Erwirkung von Handlungen und Unterlassungen** nach den §§ 4 ff VVG. Näheres s § 37 Rz 45.
- 22** Der **letzte Satz des Art III Abs 3 EGEO** normiert die **individuelle Zuständigkeit** des Bezirksgerichtes der gelegenen Sache. Er bestimmt damit **einen ausschließlichen Gerichtsstand**, der insb auch den Wahlgerichtsstand des § 86 a JN ausschließt (vgl die zur gleichlautenden Bestimmung des § 14 Abs 3 AbgEO ergangene E 3 Ob 163/04 y EvBl 2005/26, 112 = ecolex 2004/402, 858 = JUS Z 3842 = RPfLE 2004/116).
- 22/1** Da Art III Abs 3 EGEO auf § 37 EO verweist, ist auf das Verfahren über solche Klagen auch § 222 Abs 2 Z 5 ZPO anzuwenden, wonach die im Abs 1 dieser Bestimmung angeordnete **Hemmung der Rechtsmittelfristen** im Sommer und zu Weihnachten für solche Verfahren nicht gilt.
- 22/2** Exszindierungsansprüche gegen **finanzbehördliche Exekutionen** sind zufolge § 14 AbgEO ebenfalls mit Klage beim Bezirksgericht, in dessen Sprengel sich die hievon betroffenen Gegenstände zur Zeit der Klagserhebung befinden, geltend zu machen. Für diese Klage gilt das in Rz 22 Gesagte sinngemäß, sodass im Ergebnis Exszindierungsansprüche gegen **jegliche Art von Exekutionen** mit Klage bei Gericht geltend zu machen sind.
- 23** Zur **Aufschiebung** finanz- und verwaltungsbehördlicher Exekutionen aus Anlass einer Exszindierungsklage s § 42 Rz 10.

Art IV. [gegenstandslos]

Stammfassung.

- 1** Privilegierende Satzungen iSd Art IV EGEO bestehen nicht mehr. Art IV EGEO ist daher gegenstandslos.
- 2** Auf die der **Nationalbank** in den §§ 52, 76 und 77 NBG eingeräumten Rechte auf außegerichtliche Verwertung bzw sonstige Geltendmachung von Pfand- und Vorzugsrechten ist

Art IV EGEO schon deshalb nicht anwendbar, weil diese Rechte nicht auf einer Satzung beruhen, sondern durch – überdies erst nach Inkrafttreten der EGEO geschaffenes – Gesetz eingeräumt sind.

Art V. [entfallen]

Stammfassung.

Zu den Gründen für den Entfall dieser Bestimmung s Art 2 der Kundmachung über die Wiederverlautbarung der EGEO (S 1 ff). **1**

Art VI. Die gesetzlichen Vorschriften, nach denen gewisse Sachen dem Verkehr entzogen oder in Ansehung der Veräußerung und des Eigentumserwerbes Beschränkungen unterworfen sind, haben für das Exekutionsverfahren ihre Geltung behalten.

Stammfassung.

Art VII. Die gesetzlichen Vorschriften sowie die in Staatsverträgen enthaltenen Vereinbarungen, wodurch gewisse Sachen, Rechte und Forderungen der Exekution wegen Geldforderungen oder einem zu Gunsten von Geldforderungen stattfindenden Sicherungsverfahren ganz entzogen oder derlei Exekutions- und Sicherungsmaßregeln in Ansehung solcher Sachen, Rechte und Forderungen nur in bestimmten Grenzen und unter bestimmten Beschränkungen zugelassen werden, sind in Wirksamkeit geblieben.

Stammfassung.

Art VIII. Insbesondere sind unberührt geblieben:

1. [gegenstandslos]
2. [entfallen]
3. [entfallen]
4. [entfallen]
5. [aufgehoben durch BGBl 1991/628]
6. [gegenstandslos]
7. [gegenstandslos]
8. [entfallen]
9. [gegenstandslos]
10. [entfallen]

IdF BGBl 1991/628.

Die in Art VIII Z 1 EGEO genannte Zoll- und Staatsmonopolsordnung vom 11. 7. 1835 wurde mit § 13 Abs 1 Z 1 SalzmonopolG BGBl 1978/124 aufgehoben. **Art VIII Z 1 EGEO ist seither gegenstandslos.** **1**

Zu den Gründen für den Entfall der **Z 2–4, 8 und 10** s Art 2 der Kundmachung über die Wiederverlautbarung der EGEO BGBl 1953/6 (S 1 ff). **2**

Art VIII Z 5 EGEO wurde durch Art XXXIII Z 2 EO-Nov 1991 **aufgehoben.** **3**

- 4 Die in Art VIII Z 6 EGEO genannten Hofdekrete vom 13. 5. 1894 JGS 1086 und vom 15. 2. 1815 JGS 1132 sind gem § 1 des 1. BRBG mit Ablauf des 31. 12. 1999 außer Kraft getreten. **Art VIII Z 6 EGEO ist seither gegenstandslos.**
- 5 An die Stelle des in **Art VIII Z 7 EGEO genannten Patent**es vom 5. 11. 1837 JGS 240 ist zunächst § 13 des **PostG 1997 BGBl I 1997/18** getreten. Seit 1. 1. 2011 findet sich die entsprechende Norm in § 5 Abs 6 PostmarktG BGBl I 2009/123. **Art VIII Z 7 EGEO ist seither gegenstandslos.**
- 6 Die in Art VIII Z 9 EGEO genannte kaiserliche V v 19. 9. 1889 RGBl 1889/144 und die dort genannte Kundmachung des Gesamtministeriums vom 8. 11. 1886 RGBl 1886/151 über die Unzulässigkeit der Pfändung von Fahrbetriebsmitteln fremder Eisenbahnen sind gem § 1 des 1. BRBG mit Ablauf des 31. 12. 1999 außer Kraft getreten. **Art VIII Z 9 EGEO ist seither gegenstandslos.**

Art IX. *[aufgehoben durch BGBl 1991/628]*

- 1 Art IX EGEO nannte gegenüber Art VIII EGEO weitere durch das Inkrafttreten der EO unberührt gebliebene Vorschriften, insb Pfändungsbeschränkungen. Die Bestimmung wurde durch Art XXXIII Z 2 EO-Nov 1991 aufgehoben.

Art X. (1) Die von Lottokollektanten für Rechnung des Bundes eingehobenen Gelder können zu Gunsten von Ansprüchen, die wider den Lottokollektanten gerichtet sind, weder in Exekution gezogen noch durch Sicherungsmaßregeln getroffen werden.

(2) *[gegenstandslos]*

Stammfassung.

- 1 Die in Art X Abs 2 EGEO angesprochenen Bestimmungen des Lotto-Patentes vom 13. 3. 1813 PGS Bd 40, 53 wurden ebenso wie die Bestimmungen des G RGBl 1913/94 betreffend die Aufhebung des Zahlenlottos und die Einführung der Klassenlotterie durch § 55 Z 1 GlücksspielG BGBl 1962/169 aufgehoben. **Art X Abs 2 EGEO ist seither gegenstandslos.**

Art XI. Auf das zur Instandhaltung und zum Betriebe von Dampfschiffahrt-, Flußüberfuhr-, Fernmeldeunternehmungen und öffentlichen Lagerhäusern gehörige, im Besitze der Unternehmung befindliche Material findet keine abgesonderte Exekution statt.

Stammfassung.

- 1 Die Exekutionsbeschränkung des Art XI EGEO für das dort genannte Material gilt auch für solche Gegenstände, **die einem Dritten** – aus welchem Rechtsgrund immer – **überlassen wurden.**
- 2 Für **Bergwerkszubehör** und das **Zubehör von Schiffen und Flößen** findet sich eine gleichlautende Exekutionsbeschränkung in § 252 Abs 2. Für **elektrische Leitungsanlagen** finden sich solche Exekutionsbeschränkungen in § 22 StarkstromwegeG BGBl 1968/70 und § 20 BG über elektrische Leitungsanlagen BGBl 1968/71.

Art XII. *[entfallen]*

Stammfassung.

Art XII EGEO ist infolge § 1 KO (*jetzt: IO*) unwirksam (s Art 2 der Kundmachung über die Wiederverlautbarung der EGEO [S 1 ff]). 1

Art XIII. Unberührt sind geblieben:

1. [*gegenstandslos*]

2. die Vorschriften über die Zustellung von gerichtlichen Bescheiden, durch die bücherliche Eintragungen bewilligt werden, wenngleich diese Zustellung im Lauf einer Exekution geschieht;

3. die Vorschriften des § 19 des kaiserlichen Patentes vom 9. August 1854, RGBl. Nr. 208 [*Anm: jetzt § 79 AußStrG BGBl I 2003/111*], über die Einleitung eines Exekutionsverfahrens von Amts wegen; nach diesen Vorschriften können auch die von einem Strafgericht auf Grund des Jugendgerichtsgesetzes 1949, BGBl. Nr. 272 [*Anm: jetzt JGG 1988 BGBl 1988/599*], getroffenen vormundschaftsbehördlichen Verfügungen vollstreckt werden;

4. [*entfallen*]

5. die Vorschriften des allgemeinen Grundbuchsgesetzes [*Anm: jetzt §§ 35ff GBG*] über die Sicherung von Rechten und Ansprüchen durch grundbücherliche Vormerkung;

6. die Vorschriften des Hofdekretes vom 5. November 1819, JGS. Nr. 1621, über die pfandweise Beschreibung der eingebrachten Fahrnisse zur Sicherstellung des Miet- und Pachtzinses;

7. die Vorschriften des allgemeinen Grundbuchsgesetzes [*Anm: jetzt §§ 60, 61 GBG*] über die Bedingungen und Wirkungen der Anmerkung der Aufkündigung einer Hypothekarforderung, der Anmerkung der Hypothekarklage, der Anmerkung des Streitens sowie über die Zuständigkeit zur Bewilligung dieser Anmerkungen;

8. [*entfallen*]

9. [*entfallen*]

Stammfassung.

Übersicht

	Rz
I. Zu Art XIII Z 1 EGEO	1
II. Zu Art XIII Z 2 EGEO	2
III. Zu Art XIII Z 3 EGEO	4
IV. Zu Art XVIII Z 4, 8 und 9 EGEO	5
V. Zu Art XIII Z 5 EGEO	6
VI. Zu Art XIII Z 6 EGEO	7
VII. Zu Art XIII Z 7 EGEO	9

I. Zu Art XIII Z 1 EGEO

Das **Eisenbahnbuch** wurde mit Inkrafttreten der GB-Nov 2008 am 1. 1. 2009 aufgelöst. 1
 Art XIII Z 1 EGEO ist seither gegenstandslos.

II. Zu Art XIII Z 2 EGEO

Die in Art XIII Z 2 EGEO genannten Vorschriften über die **Zustellung von gerichtlichen Bescheiden**, durch die bücherliche Eintragungen bewilligt werden, finden sich jetzt in den **§§ 118 bis 121 GBG**. 2

- 3** **Abweichend von der Bestimmung des § 119 Z 4 GBG** können im Exekutionsverfahren Beschlüsse, mit denen grundbücherliche Eintragungen bewilligt werden, auch dann (mit Wirkung für den Vertretenen) **dem Vertreter** desjenigen, gegen den sich diese Eintragung richtet, zugestellt werden, wenn dessen **Vollmacht nicht den Erfordernissen des § 31 GBG entspricht**, also nicht beglaubigt unterschrieben ist (ZBl 1926/338; ZBl 1930/65; ZBl 1939/65) oder sich der eingeschrittene Rechtsanwalt oder Notar gem § 30 Abs 2 ZPO (§ 78 EO) bloß auf die ihm erteilte Vollmacht berufen hat (SZ 58/74).

III. Zu Art XIII Z 3 EGEO

- 4** An die Stelle des „§ 19 des kaiserlichen Patentbes vom 9. August 1854, RGBl. Nr. 208“ (AußStrG alt) ist § **79 AußStrG BGBl I 2003/111** getreten; an jene des Jugendgerichtsgesetzes 1949 ist das **JGG 1988 BGBl 1988/599** getreten.

IV. Zu Art XVIII Z 4, 8 und 9 EGEO

- 5** Zu den Gründen für den Entfall der Z 4, 8 und 9s Art 2 der Kundmachung über die Wiederverlautbarung der EGEO (S 1 ff).

V. Zu Art XIII Z 5 EGEO

- 6** An die Stelle der in Art XIII Z 5 EGEO genannten Bestimmungen des allgemeinen Grundbuchgesetzes sind die **§§ 35 ff GBG** getreten.

VI. Zu Art XIII Z 6 EGEO

- 7** Das Bestandgeberpfandrecht ist nunmehr **grundsätzlich in § 1101 ABGB geregelt**, weshalb der zweite Halbsatz des Art XIII Z 6 EGEO mit der Wiederverlautbarung der EGEO als überflüssig entfallen ist (s Art 2 der Kundmachung über die Wiederverlautbarung der EGEO [S 1 ff]). Das durch das 1. BRBG aufrechterhaltene HfD 5. 11. 1819 JGS 1621, das bloß eine Verfahrensvorschrift bildet, bestimmt, dass die gerichtliche Beschreibung der Pfandstücke über entsprechenden Antrag unmittelbar aufgrund der Klage **ohne vorhergehende Tagsatzung** zu erfolgen hat.
- 8** **Für das weitere Verfahren** bei der pfandweisen Beschreibung selbst gelten nach der Bestimmung des Art XXVII EGEO die Vorschriften der §§ 378 bis 402 EO über die einstweilige Verfügung (Miet 33.728).

VII. Zu Art XIII Z 7 EGEO

- 9** An die Stelle der in Art XIII Z 7 EGEO genannten Bestimmungen des allgemeinen Grundbuchgesetzes sind die **§§ 60, 61 GBG** getreten.
- 10** Auch für die **Frist zur Erhebung von Rekursen** und für die **Zulässigkeit des Revisionsrekurses** gegen die Beschlüsse, die in den in Art XIII Z 7 EGEO genannten Angelegenheiten ergangen sind, gelten die Vorschriften des GBG (SZ 6/190; SZ 7/364; NZ 1986, 294).

Art XIV. Unberührt sind geblieben:

- 1. die Vorschriften über den Übergang von Reallasten für kirchliche und Schulzwecke auf den Ersteher einer Liegenschaft;**